

Realistischer Liberalismus

Abstract: Freiheit ist ein fundamentaler politischer Wert, und in Gestalt von Freiheitsrechten steht dieser Wert im Zentrum der politischen Strukturen jeder liberalen Demokratie. Mein Vortrag geht der Frage nach, wie dieser Zusammenhang näher zu verstehen ist, und welche Art der Rechtfertigung für diese politischen Strukturen angemessen und realistisch ist. Ich setze mich dabei mit der einflussreichen Theorie von John Rawls auseinander, die als die wichtigste moderne Diskussion des politischen Liberalismus anzusehen ist. Rawls versucht, die Grundstrukturen der liberalen Demokratie aus einem Pluralismus von Moralvorstellungen und weltanschaulichen Überzeugungen herzuleiten, wobei ein »vernünftiger Konsens« der Bürger das entscheidende Kriterium der Legitimation sein soll. Ich vermute, dass wir mit weniger auskommen müssen, aber auch mit weniger auskommen können, und ich hoffe, dass sich so ein realistischeres Bild des politischen Liberalismus und seiner Rechtfertigung ergibt.

1. Das Staatsverständnis der liberalen Tradition

1. Moderne demokratische Gesellschaften zeichnen sich durch eine Pluralität von individuellen Lebensentwürfen, Wertvorstellungen, politischen Orientierungen und moralischen Haltungen aus. Für die Theorie und Praxis des Politischen wirft das viele Fragen auf. Eine zentrale Frage lautet: Wie können wir zusammen in einer Gesellschaft unter gemeinsamen Gesetzen leben, wenn es diese Vielfalt von moralischen (und religiösen, und politischen, und weltanschaulichen, und ...) Ansichten gibt und vermutlich immer geben wird? Was ist der Maßstab für Gerechtigkeit, der für diese Gesellschaft gelten kann, und wie wäre er angesichts der Vielfalt zu begründen?
2. Eine einflussreiche Tradition in der Geschichte demokratischer politischer Kultur ist der politische Liberalismus. Er zielt darauf ab, Antworten auf diese Fragen zu geben. Wichtig ist zunächst eine begriffliche Klärung. Mit »Liberalismus« ist keine bestimmte parteipolitische, beispielsweise eine dezidiert »markliberale«, Position gemeint. Eher geht es um die Grundlagen und die Strukturen der oft so genannten »liberalen Demokratie«.
3. Leitideen für moderne liberale Demokratien sind die Freiheit und die Gleichheit der Bürger als Bürger der Demokratie; Achtung für die Menschenwürde und die Menschenrechte; das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, das durch eine Verfassung garantiert wird; funktionierende Gewaltenteilung und eine lebendige Kultur der Vielfalt, die sich in einer Freiheit der Gesinnung und einer Pluralität von Lebensentwürfen manifestiert.
4. Demokratie und liberale Demokratie sind deshalb nicht unbedingt dasselbe. Es gibt autoritäre Demokratien geben, die individuelle Freiheitsrechte und die Pluralität von Lebensentwürfen nicht ausreichend respektieren. Die Gewaltenteilung kann auch in einer Demokratie besser oder schlechter ausgeprägt sein. Im Namen einer Mehrheit könnten

Rechte Einzelner und Rechte von Minderheiten ausgehöhlt und missachtet werden. Der Einzelne bedarf des Schutzes seiner Rechte, die dem demokratischen Prozess vorgeordnet sind und ihn gleichzeitig erfordern, weil es auch ein wesentliches Grundrecht aller Bürger eines Staates ist, sich an der politischen Entscheidungsfindung aktiv zu beteiligen.

5. Der relevante Gegensatz zum politischen Liberalismus sind daher nicht zwangsläufig Forderungen nach sozialer Umverteilung oder einem starken Staat, sondern autoritäre, repressive oder weltanschaulich festgelegte Formen der Herrschaft oder Machtausübung. Diese sind zwar häufig nicht (mehr) demokratisch, können es in manchen Fällen aber durchaus sein.

2. John Rawls

1. Die wohl einflussreichste Konzeption des liberalen Staates und seiner Rechtfertigung ist die von John Rawls (1921-2002). Zentral sind seine Werke *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (im Original *A Theory of Justice*, 1971), *Politischer Liberalismus* (im Original *Political Liberalism*, 1993) und *Das Recht der Völker* (im Original *The Law of Peoples*, 1999).
2. Zielpunkt seiner Überlegungen ist die Frage, was die Merkmale einer gerechten Gesellschaftsordnung sind. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die These, dass in einer liberalen, demokratischen Kultur Meinungsverschiedenheiten über grundsätzliche Fragen unvermeidlich sind. Das bedeutet, dass es zwischen Bürgern zum Teil tiefe politische, moralische, religiöse, philosophische und weltanschauliche Differenzen gibt und immer geben wird.
3. Die nächste Frage lautet: Wie können Bürger unter diesen Bedingungen als Freie und als Gleiche in einer gerechten Gesellschaftsordnung leben, und wie wäre diese zu rechtfertigen? Klar ist: Keine der Parteien darf den anderen ihren politischen oder religiösen oder moralischen Willen aufzwingen.
4. Aus der Pluralität der Wertvorstellungen, einschließlich der moralischen Haltungen und Überzeugungen der Bürger ergibt sich eine grundsätzliche Trennung von Moral und Politik. Das bedeutet: Was Menschen – also auch: wir selbst – als moralisch richtig oder falsch ansehen, ist im liberalen Staat nicht direkt in Politik zu übersetzen, wenn man der Tatsache des Pluralismus und den Rechten anderer angemessen Rechnung tragen will.
5. Die Hoffnung ist, dass es dessen ungeachtet einen »überlappenden Konsens« in Bezug auf die »Gerechtigkeitsgrundsätze« und die »Grundstruktur« einer Gesellschaft gibt. Rawls argumentiert dafür, dass alle, die in der Gesellschaft leben, dann, wenn sie »vernünftig« sind, aus jeweils eigenen Gründen, vor dem Hintergrund der eigenen »vernünftigen« moralischen, politischen und religiösen Überzeugungen, bestimmten Grundsätzen der liberalen Demokratie frei zustimmen können. Auf diese Weise soll die politische Ordnung zugleich stabil und legitim sein.
6. Rawls entwickelt das Modell der »Gerechtigkeit als Fairness« und nutzt dabei die Fiktion des »Urzustands«: Worauf würden sich die Repräsentanten aller Bürger der Gesellschaft in einem Vertrag frei und aus vernünftiger Einsicht einigen, wenn sie sich hinter einem sogenannten »Schleier des Nichtwissens« befinden würden und die »Grundstruktur« der Gesellschaft festlegen sollten, in der die Bürger dann zusammen leben? Sie hätten keine

Kenntnis von den religiösen und moralischen Grundsätzen der Bürger, die sie repräsentieren. Ebenso wenig kennen sie Geschlechtsidentitäten, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Vermögen, Alter oder ethnische Zugehörigkeit der Bürger.

7. Rawls argumentiert, dass sich die Repräsentanten vernünftigerweise auf folgende Gerechtigkeitsgrundsätze einigen könnten und einigen würden:

(a) Jede Person hat den gleichen Anspruch auf ein völlig adäquates System gleicher Grundrechte und Freiheiten, das mit demselben System für alle vereinbar ist, und innerhalb dieses Systems wird der faire Wert der gleichen politischen (und nur der politischen) Freiheiten garantiert.

(b) Soziale und ökonomische Ungleichheiten müssen zwei Bedingungen erfüllen: *erstens* müssen sie mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen unter Bedingungen fairer Chancengleichheit offenstehen, und *zweitens* müssen sie sich zum größtmöglichen Vorteil für die am wenigsten begünstigten Gesellschaftsmitglieder auswirken (*Politischer Liberalismus*, S. 69-70).

Grundsatz (a) hat dabei Vorrang vor (b), und (b1) vor (b2).

3. Kritische Fragen

1. Das Modell wirft viele Fragen auf, und es wird weiter kontrovers diskutiert:

- (a) Ist es ein angemessenes Bild einer gerechten Gesellschaft?
- (b) Überzeugt dieses Modell als Modell einer gerechten Gesellschaft?
- (c) Ist ein Vertragsmodell geeignet, um Normen der Gerechtigkeit vernünftig zu rekonstruieren? Wie steht es dabei beispielsweise um Menschen mit Behinderung, Fragen der Gerechtigkeit auf internationaler Ebene, oder auch in Bezug auf den Umgang mit Tieren (vgl. Martha Nussbaum, *Die Grenzen der Gerechtigkeit: Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit*)?
- (d) Ist es wirklich ein Erfordernis von legitimer Herrschaft, dass alle vernünftigerweise denselben Grundsätzen zustimmen können, nach denen dann Herrschaft ausgeübt wird? Was genau heißt hier »vernünftigerweise«, und wie geht man damit um, dass nie alle »vernünftig« sind, ganz gleich wie man »vernünftig« definiert?
- (e) Vielleicht ähnelt die Situation in vielem eher einem vielschichtigen, immer wieder neuen Kompromiss, oder einem Arrangement, das Rawls eher kritisch sieht und als modus vivendi bezeichnet.

2. Rawls hält am Kriterium der Zustimmung aller fest: »Unsere Ausübung von politischer Macht ist nur dann völlig angemessen, wenn sie in Übereinstimmung mit einer Verfassung erfolgt, zu deren wesentlichen Zügen Zustimmung von allen Bürgern, als frei und gleich, im Hinblick auf Prinzipien und Ideen der geteilten menschlichen Vernunft erwartet werden kann« (*Politischer Liberalismus*, S. 137).

3. Es gibt also zwei Ideen der liberalen Tradition, die man leicht verbinden, aber auch getrennt betrachten kann:

- (a) die Idee der liberalen Ordnung der Gesellschaft, die eine bestimmte Art von politischer Struktur betrifft;

- (b) die Idee der Theorie, oder der Familie von Theorien, die der liberalen Ordnung der Gesellschaft ein bestimmtes Fundament in Rechten oder dem Konsens aufgrund einer geteilten menschlichen Vernunft geben soll.

4. Entsprechend kann man auch versuchen, dieses Fundament durch ein anderes zu ersetzen. Die liberale Ordnung der Gesellschaft könnte auch als eine bewährte Strategie, ein vertretbares, vernünftiges Arrangement, ein Interessenausgleich, ein modus vivendi zu begründen sein.

5. Aber es steht meines Erachtens außer Frage:

- (a) Freiheiten und Freiheitsrechte sind ein wesentliches Element jeder gerechten Gesellschaft.
- (b) Die volle Legitimität von Herrschaft ist daran gebunden, dass es demokratische Prozesse und eine Verfassung gibt, die Grundrechte von Bürgern und auch Menschenrechte schützt. Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Gewaltenteilung müssen gelten, um die Rechte aller Menschen, die der Herrschaft unterworfen sind, zu schützen.
- (c) Autoritäre Herrschaftsformen können zwar stabil, aber niemals völlig legitim sein.
- (d) Die heute drohende Gefahr ist, dass der demokratische Konsens brüchig wird und nicht mehr von ausreichend vielen Menschen mitgetragen wird.
- (e) Dieser Konsens muss nicht allumfassend sein. Aber Zustimmung von hinreichend vielen Menschen in einem hinreichenden Maß ist nicht nur in der Theorie, sondern in der Praxis die entscheidende Voraussetzung für die Legitimität und Stabilität jeder Demokratie. Er ist deshalb auch die entscheidende Voraussetzung für die Sicherung und Durchsetzung der Grundrechte und Menschenrechte, ohne die keine Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen möglich ist.
- (f) Rawls war nicht naiv: Er war sich im Klaren darüber, dass die Menschen, so wie sie tatsächlich sind, kaum einen »überlappenden Konsens« erreichen. Dieser Konsens ist in seiner Theorie ein Ideal. Dennoch wirken schon die Grundannahmen dieser Theorie heute optimistisch: Betrachten sich hinreichend viele Menschen heute als Freie und als Gleiche, die sich mit anderen auf eine gerechte Struktur der Gesellschaft verständigen wollen? Sind sie noch hinreichend zu Kompromissen und zur Achtung der grundlegenden Rechte anderer bereit, wenn es um grundsätzliche Fragen der Gesellschaftsordnung oder politische Streitfragen geht? (Vgl. zum geistesgeschichtlichen Hintergrund und zur Kritik Forrester, *In the Shadow of Justice*).
- (g) Die liberale Ordnung der Gesellschaft ist eine politische Errungenschaft, die auch politisch als Errungenschaft verteidigt werden muss.

Quellen

- Forrester, Katrina. *In the Shadow of Justice. Postwar Liberalism and the Remaking of Political Philosophy*. Princeton: Princeton University Press, 2021.
- Nussbaum, Martha C. *Die Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit*. Berlin: Suhrkamp, 2010.
- Rawls, John. *Das Recht der Völker*. Berlin: De Gruyter, 2002.
- . *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1979.
- . *Politischer Liberalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2003.